

Wir fordern!

Leitantrag der Jusos Regensburg

Regensburg, 28.10.2018

Arbeit

Wir fordern...

... die Einführung einer Tariftreuerregelung für die Stadt Regensburg und die städtischen Töchter. Aufträge sollen in Zukunft nur noch an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die Tarifverträge mit einschlägigen, repräsentativen und tariffähigen Gewerkschaften geschlossen haben. Als Nebenerwägungen können bei der Vergabe durch ein Punktesystem einbezogen werden: Frauenförderung, ein bestimmter Anteil an Ausbildungsplätzen im jeweiligen Unternehmen, Beschäftigung von Behinderten, Entgeltgleichheit bei Leiharbeitern, Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen, Entgeltgleichheit für Frauen, besonderen Maßnahmen zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation.

... die vollständige Abschaffung sachgrundloser Befristungen bei der Stadt Regensburg und den städtischen Töchtern.

... einen regelmäßigen Bericht über die Befristungen mit Sachgrund bei der Stadt Regensburg und den städtischen Töchtern aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Sachgründen und der Dauer der Befristung. Ausgehend von diesem Bericht soll der Stadtrat regelmäßig diskutieren, ob die Stadt und ihre Töchter auf die Befristung nach einzelnen Sachgründen verzichten möchte.

... die Stadt Regensburg soll beim Landkreis darauf hinwirken die Tarifregelung bei der RW GmbH von TVöD auf TV-N umzustellen.

... im Dialog mit den Beschäftigten, der Personalvertretung und Sachverständigen aus den Gewerkschaften ist zu prüfen, ob die Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung im einzigen städtischen Kommunalunternehmen, dem Theater, ausreichend sind oder ob Defizite aufgrund der Rechtsform vorliegen. Die Gründung weiterer städtischen Kommunalunternehmen ist zu vermeiden.

... die Stadt Regensburg soll bei der Besetzung von Aufsichtsräten bei städtischen Töchtern künftig die Maßgaben des Drittelbeteiligungsgesetzes bereits bei Betrieben ab 300 Mitarbeitern zu Anwendung bringen.

... die Erstellung eines Demographieberichtes nach Referat und Amt bzw. nach Unternehmen und nach Ausbildung und Dauer der Betriebszugehörigkeit. Ausgehend von diesem Demographiebericht sind die zu erwartenden Pensionierung und Verrentungen regelmäßig dem Stadtrat zu berichten und ausgehend davon wiederum ist zu prüfen, welche nebentarifliche Maßnahmen die Stadt treffen kann, um als attraktiver Arbeitgeber aufzutreten und die Neubesetzungen gut und schnell vornehmen zu können. Insbesondere kommen hier in Frage: Urlaubskauf, Sabbaticals, betriebliche Kinderbetreuung, Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, Arbeitnehmerkredite, betriebliches Wohnen, Home Office-Angebote.

... für jede städtische Tochter beginnend mit dem RVB sind durch die Aufsichtsgremien Grenzwerte an aufgelaufenen Überstunden zu bestimmen, bei deren Überschreitung die Geschäftsführung das jeweilige Aufsichtsgremium unterrichten muss. Der Grenzwert soll so gestaltet sein, dass er die Grenze anzeigt, ab der ein ordentlicher Betrieb durch beispielsweise eine Krankheitswelle in Gefahr gerät, da Ausfälle nicht ohne weiteres durch Überstunden ausgeglichen werden können. Die Häufigkeit des Erreichens der Grenzwerte soll durch die Aufsichtsgremien einbezogen werden in die Anweisungen an die Geschäftsführung zur weiteren Personalplanung

... die Stadt Regensburg soll sich im KAV bei Tarifverhandlungen so arbeitnehmer- und arbeitnehmerinnenfreundlich verhalten wie der Grundsatz der sparsamen Haushaltsführung aus der Gemeindeordnung es eben noch zulässt.

... die Stadt Regensburg und die städtischen Töchter sollen ihren Auszubildenden und Lehrlingen 6 Monate vor voraussichtlichem Abschluss der Ausbildung eine verpflichtende Zusage machen, bei welchem erreichten Ausbildungsziel diese fristlos übernommen werden. Allen anderen ist bei Bestehen der Ausbildung mindestens ein befristeter Vertrag über ein Jahr einzuräumen.

... die Stadt Regensburg soll die Arbeitsweise des Jobcenters kritisch evaluieren. Eine Arbeitsgruppe aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Erwerbslosenvereinen und freien Experten soll Maßnahmen vorschlagen, die erstens die Häufigkeit und Intensität von Sanktionen durch das Jobcenter deutlich absenken und zweitens die Quote an verlorenen Sozialgerichtsprozessen durch schnellere und weitgehendere Leistungsgewährung deutlich absenken.

Wohnen

Wir fordern...

... eine Eigenentwicklungsquote der Stadt Regensburg, also die Schaffung nicht nur von Wohnungen in der Sozialbindung, sondern zusätzlich bei zusammenhängenden Bauvorhaben ab einer bestimmten Größe, einen bestimmten Anteil der Wohnung als Stadt selbst zu bauen und auch im eigenen Eigentum zu halten. Eine solche Quote soll abgestuft geschaffen werden, also mit steigenden Anteilen an Eigenentwicklung und gehaltenem eigenen Eigentum mit steigender Anzahl der Wohnungen in einem zusammenhängenden Bauvorhaben. Beispielsweise: 10% bis zu 10 Wohneinheiten, 20% zwischen 10 und 20 Wohneinheiten, 40 % zwischen 20 und 100 Wohneinheiten und 50 % bei allen Bauvorhaben darüber. Beispielrechnung: 200 Wohneinheiten werden gebaut, die Stadt würden dann $50 + 32 + 2 + 1 = 85$ Wohneinheit selbst entwickeln und im eigenen Eigentum behalten. Auf den Rest würden die bekannten Sozialquoten Anwendung finden.

... die Wiederherstellung des von OB Schaidinger abgeschafften Wohnungsamtes mit einem eigenen Bestand an Wohnungen zur Überlassung an die zuständigen Fachämter. Das Wohnungsamt soll personell stark aufgestellt werden. Darüber hinaus sollen überproportional viele Wohnungen für die unteren Einkommensgruppen errichtet werden und weniger solche, die ohnehin in der Nähe der ortsüblichen Miete liegen. Besonders gestärkt werden sollen Angebote des betreuten Wohnens.

... das Wohnungsamt soll weiter beauftragt werden dem Jobcenter bzw. dem städtischen Sozialamt Hilfestellungen zu leisten bei der Aufdeckung von überhöhten Mieten im Sinne der Mietpreisüberhöhung als Ordnungswidrigkeit (§5 WiStrG) und des Mietwuchers als Straftat (§291 StGB). Die Stadt muss beim Verdacht auf Mietwucher konsequent Anzeigen erstatten und darf nicht durch zu pauschale Genehmigungspraxis der Mietzinsübernahme durch das Sozialamt bzw. Jobcenter solches Verhalten lukrativ gestalten. Unverzüglich müssen unter Umständen noch vor Wiedergründung des Wohnungsamtes Ansprüche auf Rückerstattung aus § 9 WiStrG) geprüft werden.

... die Erstellung eines Leerstandkatasters durch das Wohnungsamt und die Erarbeitung von Vorschlägen zur Reduzierung des Leerstandes durch das Wohnungsamt.

... die Schaffung einer Zweckentfremdungssatzung und die Überwachung derselben durch das Wohnungsamt. Die Satzung soll insbesondere die Vermietung von Wohnungen zur gewerblichen Nutzung, wie zum Beispiel Anwaltskanzleien und Arztpraxen und die Vermietung als Ferienwohnungen verbieten.

... die Umschichtung bestehender Rücklagen der Stadt in Wohnungseigentum bzw. die Schaffung von Wohnungseigentum bei der zukünftigen Bildung von Rücklagen. Diese Wohnungen könnten dann ebenfalls relativ günstig vermietet werden, womit man erstens Rendite auf die Rücklagen erwirtschaften würde und zweitens durch entsprechende Mietzinsgestaltung mäßigend auf den Regensburger Mietmarkt einwirken könnte. Diese müssten ja nicht sofort wiederverkauft werden, sobald man auf die Rücklagen zugreifen möchte, sondern könnten zunächst mit Grundschuld oder Hypothek beliehen werden, was in aller Regel zu günstigeren Krediten als ohne Besicherung führen würde.

... eine unvoreingenommene Debatte über das haushalterische Verhalten der Stadt Regensburg mit Blick auf die Betätigung der Stadt in Sachen Wohnungsbau. Wir müssen offen darüber diskutieren, ob wir den Schuldenabbau weiter fortsetzen wollen, oder ob die Lage auf dem Regensburger Mietmarkt nicht derart dramatisch ist, dass sich die Aufnahme von günstigen Krediten, die die Stadt Regensburger als äußerst kreditwürdiger Schuldner wohl bekommen würde, angezeigt ist, um mit diesem Geld massiv eigenes Wohneigentum zu schaffen.

... die Erstellung einer abschließenden Zusammenstellung sämtlicher kommunaler Regelungen zu Sozialwohnungsquote, Stellplatzsatzung und ähnlichem und die Veröffentlichung dieser durch die Stadt. Außerdem die Schaffung einer Regelung, die vorsieht, dass jedwede Abweichung von diesen Regeln im Einzelfall durch Stadtratsbeschluss ausdrücklich im Beschluss erwähnt und gesondert begründet werden muss.

... die Schaffung eines Vertragsmanagements bei Grundstücksgeschäften der Stadt, die effektiv die Spekulation mit Baugrund unterbindet. Beispielsweise könnten bei jedem Verkauf von Grund durch die Stadt oder eine städtische Tochter oder Stiftung datierte Fertigstellungspflichten in die Verträge aufgenommen werden. Diese sind abzusichern, indem für den Fall der Verletzung Rückkaufsklauseln zu zwei Dritteln des Kaufpreises nach einmaliger Mahnung festgeschrieben werden.

Verkehr

Wir fordern...

... die Ausweitung des Semestertickets als Kaufmöglichkeit auf alle Personen, die prinzipiell in den Anwendungsbereich des BAföGs fallen.

... eine Härtefallregelung im Semesterticket für finanziell schlechter gestellte Studierende.

... ein reduziertes Nachtbusangebot unter der Woche in der Stadt wenigstens in der Vorlesungszeit von OTH und Universität wenigstens in der Nacht von Donnerstag auf Freitag zusätzlich zum bestehenden Angebot.

... mittelfristig die Umstellung des Tarifgefüges des RVVs auf eine Art „Wiener Model“.

... ein Hinwirken der Stadt Regensburg auf den Landkreis, um den Stadtpass mittelfristig zu einem Stadt- und Landkreispass auszubauen.

... eine Absenkung des Preises des Stadtpasses auf 20 Euro monatlich und ermäßigt 10 Euro monatlich bei künftig nur mehr einem Angebot für alle, nämlich ein in zeitlicher Hinsicht nicht mehr beschränkter Fahrschein für die Zonen eins und zwei.

... eine Unterscheidung zwischen notwendigem und nicht notwendigem Verkehr bei der Preisgestaltung für Parkraum. In Zukunft könnten spezielle vergünstigte digitalisierte Parkausweise für Gewerbetreibende und Anwohner ausgegeben werden, die dann an den Orten ihres Gewerbes oder Wohnorts einen stark vergünstigten Preis auslösen. Gleichzeitig könnten die Preise für Parkraum ansonsten drastisch angehoben werden, um den MIV unattraktiver und kostenlose Shuttle Park and Ride Lösungen attraktiver zu machen.

... die drastische Begrenzung der Anlegekapazitäten für Donaukreuzfahrten an der Donaulände auf höchstens 500 pro Jahr. Mittelfristig sollen die Kreuzfahrtschiffe weiter östlich im Ölhafen anlegen und die Touristen per Bus in die Stadt oder an ihre Ausflugsziele gebracht werden.

... eine Verbesserung der Umsteigebeziehungen des RVV durch wenigstens zwei sehr eng getaktete sich ergänzende Ringlösungen in Regensburg.

... eine Prüfung einer Wassertaxilösung mit beispielweise folgenden Haltestellen: Alter Schlachthof, Werftstrasse, Wurstkuchl, RT-Halle, Schillerwiesen. Die Wassertaxis sollten für jeden umsonst sein, der einen beliebigen Fahrschein von jeweiligem Datum vorweisen kann.

... die zügige Realisierung eines neuen ZOBs am Standort Bahnhof/Albertstr.

... die zügige Realisierung der Stadtbahn im Y Modell.

... die zügige Realisierung der Pollerlösungen nach Salzburger Vorbild, um unberechtigten Verkehr aus der Altstadt auszuschließen.

... die Herstellung eines Fahrrad- und Fußgängerübergangs in der Verlängerung der Universitätsstr. über den Bahndamm.

... die Schaffung gesonderter Shuttellösungen im Sommer zu Badeseen, Volksfesten usw...

... die Rückgewinnung von Parkplätzen als öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir fordern daher in einem einjährigen Versuch alle Parkplätze auf dem Emmeransplatz zu streichen und den freigewordenen Raum den Bürgerinnen und Bürgern für Märkte, kulturelle Veranstaltungen, günstige Gastronomie oder möbliert oder ohne jede Vorgabe zu überlassen.

... der RWV soll im Stadtgebiet und im Landkreis darauf drängen die Bushaltestellen barrierefrei zu bauen oder bestehende umzubauen. Weiterhin soll als Standard für Neuvergabe der Lizenzen der Niederflurbus gesetzt werden.

... die Stadt Regensburg soll, wo wenig Bauplatz vorhanden ist, den Bau von automatisierten Parkhäusern prüfen um Parkplatzmangel, vor allem in der Innenstadt entgegen zu wirken.

Kultur

Wir fordern...

... die Schaffung eines Kulturtickets nach Nürnberger Modell für zunächst Studierende als Projektversuch mit der anschließenden Ausweitung auf alle Personengruppen, die einer prinzipiell nach BAföG förderungsfähigen Ausbildung nachgehen.

... die Aufweichung der Sperrstundenregelung mit dem Ziel der mittelfristigen Abschaffung.

... mehr Räume für Livekultur.

... eine Abkehr von Großprojekten und eine Hinwendung zur kleinteiligen Kulturförderung durch Errichtung von dezentralen Proberäumen und Ateliers.

... die Prüfung, ob im ehemaligen evangelischen Krankenhaus nicht in etwa entsprechend den Plänen der Initiative Komplex ein Volks- und Kulturhaus geschaffen werden kann, wobei die oberen Stockwerke Sozialwohnungsraum in der Altstadt werden könnten und das Erdgeschoss ein freier Raum für alle Bürgerinnen und Bürger. Dort könnten Vorträge, Konzerte und eine Arte Gemeindesaal ihren Platz finden. Außerdem vielleicht eine sportliche Einrichtung wie zum Beispiel ein kostenloses Fitnessstudio.

... die Ausweitung des Angebots an der Sing- und Musikschule und die Kostenfreistellung von Beziehern von Transferleistungen.

Sport

Wir fordern...

... den massiven Ausbau an kleinteiligen Sportangeboten mit niedriger Hemmschwelle wie Bolzplätze, Trimm-Dich-Pfade, und freelethics Trainingsflächen.

... die verstärkte finanzielle Förderung des Breitensportes.

... die Anerkennung, dass auch esports ein förderfähiger Sport ist und die Einbeziehung des esports in die Sportfördermaßnahmen der Stadt.

... alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen die Schwimmerquote in der Bevölkerung so hoch als möglich zu halten. Gerade Kindern aus ärmeren Familien und gerade Flüchtlingskinder muss das Schwimmen beigebracht werden.

... die Abkehr von auf Öffentlichkeitswirkung zielenden Großveranstaltungen des Extremsports wie die Challenge oder dergleichen und stattdessen den Versuch Breitensportveranstaltungen zum Beispiel aus dem Bereich der Leichtathletik für Regensburg zu gewinnen.

Migration und Integration

Wir sprechen uns klar gegen ein Ankerzentrum in Regensburg aus und fordern eine bessere Organisation des Regensburger Flüchtlingsheims. Langfristig fordern wir die Schließung des Heimes und wünschen uns mehrere dezentrale Unterkünfte.

Regensburg sollte sich solidarischer mit gestrandeten Flüchtlingen zeigen und im deutschen Städtetag darauf hinwirken, mit anderen wirtschaftsstarken Großstädten mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

Bei Schiffen wie der Lifeline, die im Mittelmeer festsitzt weil kein Land die Flüchtlinge, die sich auf dem Schiff befinden aufnehmen möchte, sollte Regensburg sich solidarischer zeigen.

Kein Flüchtling darf auf der Straße gelassen werden. Jeder muss ab dem ersten Tag einen Zugang zu menschenwürdigem Wohnen haben. Damit dies gewährleistet ist, sollte die Stadt Regensburg mehr Wohnungen schaffen.

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt muss erleichtert werden. Der Zugang zur Universität sollte geflüchteten Menschen schneller ermöglicht werden und sie sollten mehr Hilfe erhalten bei der Vorbereitung für die Sprachprüfung.

Wir sind strikt gegen Sachleistungen, da sie Asylbewerbern das eigene rationale Denken absprechen und nicht effektiv sind.

Die Stadt Regensburg sollte sich um die Gründung eines Flüchtlings-Fonds kümmern. In diesen können Bürger, Unternehmen, Organisationen und die Stadt Regensburg einzahlen. Aus diesem Geld könnten verschiedenste Projekte umgesetzt werden.

Wir fordern ein Traumazentrum mit muttersprachlichem Personal. Die Stadt Nürnberg hat ein ähnliches Zentrum geschaffen und es ist ein großer Erfolg geworden. Sehr viele Flüchtlinge nehmen das Angebot in Anspruch und erste Studien zeigen eine sehr gute psychische Entwicklung bei den traumatisierten Menschen.

Mehr Hilfe für geflüchtete Frauen

Wir brauchen in Regensburg ein Frauenhaus für geflüchtete Frauen. Dieses Frauenhaus darf nicht nur zum Schutz dienen, sondern soll die Integration durch ein gesichertes Umfeld garantieren. Es sollte Mitarbeiter*innen beschäftigen, die auf Themen wie sexuelle Gewalt, Integration, Inklusion und Traumabewältigung spezialisiert sind.

Es muss ein größeres sportliches, musikalisches und kulturelles Angebot für die Zielgruppe geschaffen werden. Frauen und Kinder sollen in einem geschlossenen, weiblichen Umfeld die Chance auf das Erlernen von Schwimmen garantiert werden.

Integrative Angebote für Flüchtlinge - Beidseitige Vorurteile abbauen

Die Universität Regensburg und die Ostbayerische Technische Hochschule sollten sich berufen fühlen, als Bindeglied mehrerer Hilfsangebote zu dienen. Unter ihrer Führung sollten mehr Sprachkurse geschaffen werden.

Wir fordern einen Arabisch/Syrisch-Kurs für alle Bürger*innen von Regensburg.

Für eine stärkere Vernetzung von Studenten und Flüchtlingen, wäre ein Deutsch-Arabisch Sprachkurs eine tolle Sache. In diesem Kurs würden deutsche Studenten den syrischen Mitbürger*innen Deutsch beibringen und die Syrer den Deutschen im Gegenzug Arabisch/Syrisch.

Wir fordern bereits im Punkt Kultur ein größeres Musik und Sportangebot in Regensburg. Dieses sollte auch für Flüchtlinge zugänglich sein und Unterrichtsklassen sollten mit den verschiedensten Nationalitäten durchgemischt werden.

Die Regensburger Kulturzentren wie die Mälze sollten mehr integrative Programme veranstalten (Abende mit arabischer Musik, Kochabend für arabisches Essen, ...)

Interessierten Jugendlichen sollte es unter der Leitung der Stadt Regensburg möglich sein sich zusammenzuschließen und Flüchtlinge zu motivieren, mit ihnen gemeinsam Veranstaltungen in Regensburg zu besuchen.

Intakte Programme müssen gesichert, gestärkt und ausgebaut werden.

Die Stadt Regensburg muss einen Arbeitskreis bilden, der weitere Vorschläge herausarbeitet. Dieser sollte aus Parteien, Jugendorganisationen, Arbeitskreisen, Experten und Hilfsorganisationen besetzt werden.

Die Jusos Regensburg müssen das Thema Migration und Integration wieder stärker angehen und sollten regelmäßig Hilfsorganisationen treffen und weitere Konzepte herausarbeiten.

Integration von Spätaussiedlern und ehemaligen Gastarbeitern

Konzeptpapiere der SPD und der Jusos sollten in diverse Sprachen übersetzt werden und in den entsprechenden Vereinen verteilt werden (Landesmannschaft der Deutschen aus Russland, DITIB, Shyiperia, Türk Genclik Regensburg, Kosova Regensburg)

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten mit einem Migrationshintergrund sollten verstärkt den Dialog mit ihren Muttersprachlern suchen. Dazu sollten sie verstärkt zu Themenabende der genannten Vereine gehen und sich auf die Redeliste stellen zu lassen.

In Wahlprogrammen sollte wieder unter dem Punkt Migration ein Fokus auf diese Gruppen gelegt werden. Entsprechende Forderungen z.B. der LmDR gibt es auf ihrer Webseite und ihr Vorsitzender kommt aus Regensburg.

Mit dem Erreichen dieser Wählergruppen haben die Juso-Kandidaten bzw. die SPD bei Wahlen erheblich bessere Chancen.